

ausgeschlossen. In den Kreisen der deutschen Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft, bestehen aber mit Rücksicht auf die starke Position des katholischen Klerus und der Industriemagnaten in Oberschlesien auch gegen eine bundesstaatliche Autonomie teilweise starke Bedenken, so daß die einheitliche Kampffront der Deutschen für die deutsche Sache dadurch geschwächt werden müßte. Für diesen Plan ist nach meiner Ansicht die Zeit, in der er hätte die gewünschte Wirkung ausüben können, vorbei. Wir kommen damit um ein bis zwei Jahre zu spät.

Nicht unbedeutend und einflusslos ist aber die Richtung unter den Autonomisten, die für eine völlige staatliche Selbstständigkeit Oberschlesiens, für den Freistaat, eintritt. In eingeweihten Kreisen ist es ein offenes Geheimnis, daß unter den Ententemächten besonders England lebhaftes Interesse für dieses Projekt hat, mit dessen Hilfe man um die unangenehme Abstimung und die anschließende Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens herum zu kommen hofft. Man will zur politischen und wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands ihm unter allen Umständen das wertvolle Oberschlesien nehmen. Aber die Alliierten, vielleicht mit Ausnahme Frankreichs, haben kein unbedingtes Interesse daran, das Land Polen zuzuteilen. Die von der Entente verfolgten Ziele lassen sich noch sicherer und besser auf dem Wege der Freistaatsbildung erreichen.

Dieses Projekt wäre aber auch eher geeignet, die Polen zu befriedigen. Ein selbständiges Oberschlesien müßte notwendig der Schauplatz schwerer und dauernder Kämpfe zwischen Polen und Deutschen um die staatliche Vorherrschaft werden. Da die Polen nicht nur die größere Rücksichtslosigkeit für sich haben, sondern zweifellos von der Entente bei der Staatsbildung und -organisation in jeder Beziehung bevorzugt werden würden, könnten sie mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß sie in diesem Kampf Sieger bleiben. In jedem Falle würde der Einfluß der Deutschen schon durch das Entente-Protectorat stark eingeschränkt werden.

Für das Verhältnis Oberschlesiens zu seinen Nachbarn Deutschland und Polen wird natürlich die nationale Richtung seiner Beherrscher maßgebend sein. Die eventuell künstlich geförderte Vorherrschaft der Polen, aber auch schon die Oberaufsicht der Alliierten bürgen dafür, daß Oberschlesien mehr nach Polen Anstrich suchen würde. Abhängigkeit Deutschlands von Polen beim Bezuge von Kohlen, Erzen usw. wäre die Folge.

Es ist aber auch ganz durchsichtig, weshalb gerade Zentrumskreise und Bergwerks- und Großindustrie diesem Freistaatsprojekt so überaus sympathisch gegenüberstehen. Die einen erwarten nicht mit Unrecht einen überragenden Einfluß der katholischen Kirche. Die anderen aber wollen los von dem Deutschland der Besitzsteuern, der sozialen Gesetzgebung und des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter. Die Vereinfachung des nationalen Kampfes erscheint ihnen als ein geeignetes Mittel, die Arbeiterschaft vom wirtschaftlichen Kampf gegen das Kapital abzulenken und sie politisch den reaktionären Parteien in die Arme zu treiben.

So bedeutet das Freistaatsprojekt zweifellos den Verlust Oberschlesiens für Deutschland. Es bedeutet für die Arbeiterschaft Herabdrückung auf das Niveau des politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell gegenüber Deutschland weit zurückgebliebenen Polenstaates und ungeheurer erschwerte Bedingungen für den sozialistischen Klassenkampf.

Wenn wir also das Freistaatsprojekt unter allen Umständen ablehnen müssen, so müssen wir die Frage der bundesstaatlichen Autonomie von dem Gesichtspunkt betrachten, ob sie nicht der halbe Weg zum Freistaat ist, und ob sie einen günstigen Einfluß auf die Abstimung ausüben kann. Ich befürchte, das erste und bezweifle das zweite.

Eins aber muß unter allen Umständen so schnell wie irgend möglich geschehen: Es muß durch gesetzgeberische Maßnahmen sofort festgestellt werden, daß in Oberschlesien, wenn es bei Deutschland bleibt, ganz gleich, ob als preussische Provinz oder als Bundesstaat, Deutsche und Polen auf allen Gebieten (Gebrauch der Sprache, Schule, Kirche, öffentlicher

Dienst usw.) völlig gleichberechtigt nebeneinander und miteinander leben und arbeiten können. Diese Sicherheit soll jeder Oberschlesier bei der Abstimmung haben. Ich glaube, das ist mehr wert, als alle anderen Projekte, die doch immer von gewissen Kreisen im Interesse ihrer Vorherrschaft propagiert werden.

Reichskanzler und Reichspräsident.

Eine Besprechung in Freudenstadt.

BZ, meldet: Der Reichskanzler begibt sich heute abend zum Besuch des Reichspräsidenten nach Freudenstadt. Der Besuch des Reichskanzlers in Freudenstadt wird der Besprechung aller sich webenden politischen Fragen dienen. Die Vermutungen, die in Verbindung mit dieser Reise über eine angelegte Verschärfung der inneren Lage angestellt werden, sind, wie wir feststellen können, ohne Grundlage; insbesondere was die Frage des Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung höherer Beschlüsse des Kabinetts nicht erforderlich gemacht. Eine Anregung in dieser Beziehung von Seiten der sozialdemokratischen Partei ist bei dem Kabinetts nicht erfolgt.

Die Reise des Ministerialdirektors Schüller nach Freudenstadt steht mit dem Besuch des Reichskanzlers bei dem Reichspräsidenten nicht im Zusammenhang.

Krisenmacher.

Das Ziel der Deutschnationalen in ihrem Kampfe um Groß-Berlin offenbart sich immer mehr: Groß-Berlin ist ihnen nur das kleinere, nächstliegende Objekt. In Wirklichkeit gehen ihre Absichten dahin, über den Streit um Groß-Berlin in Preußen eine Regierungskrise zu erzeugen, die ihnen vielleicht zu den von ihnen ersehnten Neuwahlen vor Fertigstellung der preussischen Verfassung verhilft.

Die „Post“ möchte diese Krise bereits feststellen. Sie erkennt freilich den Gipfel reaktionärer Verlogenheit, wenn sie die Sozialdemokratie als die Urheberin der Krise hinstellt, möchte und dabei die Behauptung aufstellt:

Von der Sozialdemokratie ging zuerst die Keimform des Bundes über einen etwaigen Eintritt in den Regierungsbund des Reiches aus.

Glatt gelogen! Kein Mensch in der ganzen Partei hat einen derartigen Wunsch geäußert. In einer Korrespondenz, die in diesem Falle nicht Anspruch darauf erheben kann, die Parteimeinung zu vertreten, wurde die Forderung nach sofortigen Neuwahlen erhoben. Aber auch das ist ganz etwas anderes als die Keimform des Bundes, in den jetzigen Regierungsbund einzutreten. Dieser Wunsch ist lediglich von den Parteien der jetzigen Reichsregierung erhoben worden, hat aber in der Sozialdemokratie, auch in der vorgenannten Korrespondenz, einmütige Ablehnung erfahren. Auch was die reaktionäre Presse über den außerordentlichen Bezirkstag von Groß-Berlin anführt, beruht teils auf Entstellung, teils auf außerordentlicher Uebertreibung der Ausführungen einzelner Redner, die übrigens keineswegs die Stimmung der Versammlung hinter sich hatten. In der Verhandlung konnte gar kein Zweifel sein, daß auch die Berliner Parteigenossenchaft an ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung gar nicht denkt.

Mit einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, betitelt „Blod Stresemann-Scheidemann?“, verlobt es sich nicht, sich ernsthaft auseinanderzusetzen. Der Artikel geht von der Voraussetzung aus, daß die Sozialdemokratie bei ihrem Handeln nur ein einziges Motiv kenne, die „Futterkripenfahndung“. Trete die Partei in die jetzige Regierung ein, so gelte das aus Scheidmann nach der Futterkrippe, weil ihr die Anzahl der jetzt für sie freiverdenden Regierungsposten nicht genüge und sie auf Grund einer späteren Wahl

noch mehr Futterplätze zu erhalten hoffe. Auf diesem Niveau Politik zu treiben, überlassen wir neidlos dem Stollorgan des Bundes der Landwirte.

Erster beschäftigt sich die „Kreuzzeitung“ mit dem deutschen nationalen Antrag, das Gesetz Groß-Berlin außer Kraft zu setzen. Der Antrag kann in der Preussischen Landesversammlung nur mit Hilfe des Zentrums und der Demokraten angenommen werden. Auf das Zentrum rechnet die „Kreuzzeitung“ mit ziemlicher Bestimmtheit. Aber seine Stimmen genügen nicht, die Demokraten sind ausschlaggebend. Und hier kommen der „Kreuzzeitung“ selber Bedenken, ob die Demokraten wohl den verlangten Schritt tun werden. Sie bezweifelt es aus folgenden Erwägungen:

Bekanntlich beruht die Regierung in Preußen noch immer auf der Koalition der Sozialdemokratie, der Demokratie und des Zentrums. Wenn nun in einer Frage, wie der Groß-Berliner, die die Reichssozialisten aus tatsächlichen Gründen nicht als nebensächlich behandeln dürfen, die bürgerlichen Koalitionsparteien mit Hilfe der außerhalb der Koalition stehenden bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten überstimmen würden, so bedeutete das ohne Zweifel das Ende der Koalition, gleichzeitig aber auch eine stärkere Oppositionstellung der Sozialdemokratie, die sich dann ja nicht auf Preußen beschränken würde. Wollten die Demokraten schon das vermeiden, so kommt für sie noch hinzu, daß bei einer Regierung, in der zum mindesten die Deutsche Volkspartei vertreten wäre, auch mit der baldigen Abaräumung von Neuwahlen gerechnet werden müßte. Und die zu scheuen haben die Demokraten allen Anlaß. Deshalb ist es schon denkbar, daß sich eine genügende Anzahl demokratischer Abgeordneter finden würde, die lieber die sozialistische Diktatur in Groß-Berlin auf sich nimmt und deshalb die Forderung auf Abänderung des Groß-Berliner Gesetzes zu Fall bringt.

Diese Situationschilderung enthält manches Zutreffende, namentlich auch, was die Konsequenzen für die Reichspolitik betrifft. Die Demokraten sollten daraus ersehen, daß sie mit jeder Unterstützung des deutschnationalen Antrages nur das Spiel der Rechten spielen. Wenn das „B. Z.“ darauf rechnet, daß die Demokraten bei einer solchen Taktik zahlreiche Verbündete im Lager der Sozialdemokratie finden werden, so möge es diese Hoffnung nur ruhig begraben. Darüber ist die Sozialdemokratie sich rechtlos einig, daß die Regelung der Groß-Berliner Angelegenheiten, nachdem Groß-Berlin einmal zustande gekommen ist, nur noch und ausschließlich Sache der Groß-Berliner sein kann. Auch das „B. Z.“ sollte als demokratisches Blatt soviel von den Grundbegriffen der Demokratie verstehen, daß es nicht über „Diktaturgelüste“ zu fernem beginnt, wo in Wirklichkeit der Mehrheitswille der Wähler entscheidet. Was die Mehrheit der Wähler bestimmt, mag man bedauern oder jubeln. Aber einen Mehrheitsbeschluss außer Kraft zu setzen, weil man sich nicht damit einverstanden ist, das bedeutet den Anfang vom Ende jeder Demokratie.

Rückgabe von Kriegsmaterial.

Züge, die nicht anzuhalten sind.

Von zutändiger Stelle wird mitgeteilt: Der Abtransport des nach dem Friedensvertrag von Versailles an die alliierten und assoziierten Regierungen abzuliefernden Luftfahrzeuggeräts ist im wesentlichen pflichtgemäß beendet worden. Es folgt nunmehr die Abgabe der Waffen, Munition und anderen feinerzeit erbeuteten Kriegsmaterials an Frankreich und Belgien. Die für Frankreich bestimmten Sendungen werden aus allen Teilen des Deutschen Reichs kommend über Bismarckshöhe, die für Belgien bestimmten über Biersen geleitet. Im ganzen wird es sich um etwa 200 Waggons handeln. Die einzelnen Waggons bzw. Waggengruppen werden die Bezeichnung tragen:

Beutefriedensmaterialtransport westwärts zur Erfüllung des Friedensvertrages an Frankreich (Bismarckshöhe) — Belgien (Biersen).

Es wird darauf hingewiesen, daß diese Transporte nicht aufgehalten werden dürfen und daß ihre reibungslose Durchführung im Interesse des Deutschen Reichs liegt.

Als das Sozialistengesetz zusammenbrach

Aus Briefen von Friedrich Engels.

Ein paar wertvolle Erinnerungen an das Jahr 1890, an seinen gewaltigen sozialdemokratischen Wahlsieg, der den Sturz Bismarcks herbeiführte und den Niederbruch des Ausnahmengesetzes endgültig bestätigte! Die „Sozialistischen Monatshefte“ veröffentlichten sie in zwei bisher unbekanntenen Briefen von Friedrich Engels, die ein Echo jenes großen Ereignisses und seiner nächsten Wirkungen in Politik und Parteientwicklung waren. Der siebzehnjährige Engels richtete sie an unseren Conrad Schmidt, dem er damals wie andern aus dem jungen Nachwuchs der Partei seine Kunst als Erzähler zum wissenschaftlichen sozialistischen Denken zuwandte. Von seiner Reife, von seinen Strichen mit weiten Ausblicken geschichtliche und politische Vorgänge und Szenen zu kennzeichnen, zeigen wieder einmal diese Briefe an Conrad Schmidt. Wie der Sieg der deutschen Arbeiter, auf die er seit der parlamentarischen Ministerarbeit gegen die erste Internationale alle Hoffnungen gesetzt, sein Herz erfüllte, geht aus dem ersten, aus London am 12. April geschriebenen Briefe ersichtlich hervor. Er schlug das Ereignis hoch an und war voll Vertrauen, daß die Arbeiter mit dem Pfund, das sie gewonnen, zurückkommen würden. Er schrieb:

„Unser Wahlsieg war in der Tat staunenswert, und der Erfolg in der Außenwelt war ebenso großartig. Die Bismarckschen Erfolge hatten uns, das heißt den Deutschen überhaupt, Respekt als Soldaten verschafft, aber den Respekt vor dem persönlichen Charakter qua Deutscher eher vermindert; die Wanderschaft der Bourgeois tat den Rest: die Deutschen schlugen sich gut, wenn sie gut kommandiert werden, aber kommandiert müssen sie werden; Selbständigkeit, Charakter, Widerstandsfähigkeit gegen Tyrannen: davon ist bei ihnen keine Rede. Das ist für den Wähler anders. Man hat gesehen, daß die deutschen Bourgeois und Junker nicht die deutsche Nation ausmachten; der brillante Sieg der Arbeiter nach 10jährigem Druß, und unter dem Druß, hat imponiert, mehr als Königtum und Sedan; die Welt weiß, daß wir es sind, die den Bismarck gestürzt haben, und die Sozialisten aller Länder fühlen jetzt, ob es ihnen recht ist oder nicht, daß der Schwerpunkt der Bewegung nach Deutschland verlegt ist. Nach den Erfahrungen, die ich gemacht, ist mir auch gar nicht bang, daß unsere Arbeiter sich dieser neuen Stellung nicht gewachsen zeigen. Die neu gewonnenen Elemente werden in der richtigen Taktik noch nicht selbstbewußt sein, aber das wird ihnen bald anfliegen, und was die älteren Kriegskameraden nicht tun, das wird die Regierung in ihrer Weisheit schon besorgen. Die Haltung unserer gesamten Presse gegenüber den berühmten Erlässen (den Arbeiterschutz-Erlässen, die den drohenden Sieg des deutschen Proletariats bezeugen sollten, aber nicht konnten. Red.) beweist, wie das Sozialistengesetz da vorgezeichnet hat. Gewarnt sind schon das Feuer, und was 1878 noch eine gewisse störende Wirkung hatte momentan haben

können, nicht jetzt absolut nicht mehr. Ich weiß wohl, daß es Leute gibt, selbst in der neuen Fraktion, die gern auf die Arbeiterfreundlichkeit von oben patierend eingehen, aber die werden niedergestimmt, sobald sie den Mund aufstun. Putzlampe hatte ganz recht, das Sozialistengesetz hat eine enorme „erzieherische Wirkung“ gehabt, aber anders als er sich einbildete.“

Nach der zweite Brief, der am 5. August aus London abging, betont dieses Vertrauen zu dem gefundenen Sinn der deutschen sozialistischen Arbeiter. Die Geschichte nach 1890 hat durch den Verlauf, den der Kampf um den Arbeiterschutz nahm, bewiesen, daß es für sie eine Gefahr, von oben her eingezungen zu werden durch sozial Reformen, die immer nur unzureichende Reformen blieben, nicht gab und nicht geben konnte. Es gab aber noch andere Gefahren für die klare Weiterentwicklung der sozialistischen Arbeiterschaft. Die betrafen ihren theoretischen Sinn. Wie Engels in den siebziger Jahren der Verwirrung durch sein berühmtes Buch gegen Dühring, der einzigen Anfang in den sozialistischen Reihen zu gewinnen sahen, entgegengegriffen hatte, so wandte er sich jetzt gegen die Verwässerung der materialistischen Geschichtsauffassung, die aus der Sicht junger Gelehrter, Schriftsteller und Studenten drohte. Im zweiten Brief an Conrad Schmidt betonte er zu einer Diskussion, die in der „Berliner Volkstribüne“ über die Verteilung der Produkte in der künftigen Gesellschaft angefochten worden war: „Bei allen Beteiligten erscheint die sozialistische Gesellschaft nicht als ein in fortwährender Veränderung und Fortschritt begriffenes, sondern als ein stabiles, ein für allemal fixiertes Ding, das also auch einen ein für allemal fixierten Verteilungsmodus haben soll.“ Dieser Hinweis ist auch heute noch nicht überflüssig. Und noch viel mehr kann man das sagen von den dann folgenden Ausführungen über den historischen Materialismus, die Engels übrigens ein paar Monate später in einem weiteren berühmten Briefe an Schmidt (den den „Monatshefte“ bei dieser Gelegenheit wieder hätten abdrucken sollen) noch ergänzte. Engels schreibt:

„Überhaupt dient das Wort materialistisch in Deutschland vielen jüngeren Schriftstellern als eine einfache Phrase, womit man alles und jedes ohne weiteres Studium effizienter, das heißt diese Etikette aufklebt und dann die Sache abgetan zu haben glaubt. Unsere Geschichtsauffassung aber ist vor allem eine Anleitung beim Studium, kein Gebot der Konstruktion à la Hegeliamerum. Die ganze Geschichte muß neu studiert werden, die Daseinsbedingungen der verschiedenen Gesellschaftsformationen müssen in einzelnen untersucht werden, ehe man versucht, die politischen, privatrechtlichen, ästhetischen, philosophischen, religiösen usw. Anschauungsweisen, die ihnen entsprochen, aus ihnen abzuleiten. Darin ist bis jetzt nur wenig geschehen, weil nur wenige sich ernstlich daran gesetzt haben. Darin können wir Hilfe in Massen brauchen, das Gebiet ist unendlich groß, und wer ernstlich arbeiten will, kann viel leisten und sich auszeichnen. Statt dessen aber dient die Phrase des historischen Materialismus (man kann eben alles zur Phrase machen) nur zu vielen jüngeren Deutschen nur dazu,

ihre eigenen relativ dürftigen historischen Kenntnisse (die ökonomische Geschichte liegt ja noch in den Windeln!) skizzenhaft systematisch zurechtzufonstruieren und sich dann sehr gewaltig vorzukommen. . . . Einer der größten Dienste, die uns das Sozialistengesetz tat, war, uns von der Zudringlichkeit des sozialistisch angehauchten deutschen Studiosus zu befreien. Wir sind jetzt stark genug, auch den deutschen Studiosus verdauen zu können, der sich wieder sehr breit macht. Sie, der Sie wirklich etwas geleistet haben, müssen selbst bemerkt haben, wie wenige von den jungen Literaten, die sich an die Partei hängen, sich die Mühe geben, Ökonomie, Geschichte der Ökonomie, Geschichte des Handels, der Industrie, des Aders, der Gesellschaftsformationen zu treiben. Wie viele kennen von Maurer (dem Erforscher der deutschen Markgenossenschaften. Red.) mehr als den Namen! Die Suffizienz des Journalisten müßte alles leisten, und es ist auch danach. Es ist manchmal, als glaubten diese Herren, es sei alles gut genug für die Arbeiter. Wenn diese Herren wüßten, wie Marx seine besten Sachen noch immer nicht gut genug für die Arbeiter hielt, wie er es für ein Verbrechen ansah, den Arbeitern etwas Geringeres als das Allerbeste zu bieten!

Auf unsere Arbeiter, und nur auf sie, habe ich seit der brillanten Probe, die sie seit 1878 bestranden, unbedingtes Vertrauen. Sie, wie jede große Partei, werden in den Einzelheiten der Entwicklung Fehler begehen, vielleicht große Fehler. Massen lernen eben nur durch die Folgen ihrer eigenen Fehler, durch Experimente am eigenen Körper. Aber alles das wird überwunden, und bei uns viel leichter als anderswo, weil unsere Jungen in der Tat von unzertrennbarer Gesundheit sind, und dann, weil Berlin, das schwerlich sobald über sein spezifisches Berlinerum hinauskommt, bei uns nur formelles Zentrum, ähnlich wie London, nicht wie Paris in Frankreich. Ich habe mich über die französischen und englischen Arbeiter oft genug geärgert (trotz der Erkenntnis der Ursachen ihrer Mängel), aber über die Deutschen seit 1870 nie, wohl über einzelne Leute, die in ihrem Namen sprachen, nie über die Massen, die alles wieder ins Gleise brachten. Und ich möchte wetten, ich werde nie in den Fall kommen, mich über sie zu ärgern.“

Dieser Glaube Engels an die Selbstklärung der Arbeitermassen, an ihre Zurückkommen auf Grund von Tatsachen und Erfahrungen, die ihren eigenen Aktionen entstammen, hat vor dreißig Jahren nicht getrogen, und wir glauben, er ist eine lebendige Kraft, die in der Arbeiterbewegung immer mit am Werk sein muß. Daß er bei Engels nicht blinder Optimismus war (was er natürlich nie sein darf), hing eben zusammen mit den Erfahrungen, die zuletzt der zwölfsjährige und trotz aller Schwere siegreiche Kampf gegen das Sozialistengesetz hatte ernten lassen.

Anut Hampus Nobelpreisträger! Den diesjährigen Nobelpreis für Literatur wird, wie aus Stockholm gemeldet wird, der norwegische Dichter Anut Hampus erhalten. Diese Entscheidung wird überall in der Welt ein freudiges Echo werden. Die Beier des „Vorwärts“ stehen noch unter dem Eindruck des großen Romans „Segen der Erde“, den wir vor kurzem zum Abdruck brachten.

Groß-Berlin

Ein Verschleppungsmanöver

in der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Der Kampf um die Besetzung des Magistrats für die neue Stadtgemeinde Berlin wird von den bürgerlichen Parteien mit erbitterter Hartnäckigkeit geführt. Erfolg versprechen sie sich jetzt von dem in der Preussischen Landesversammlung eingebrachten Antrag der Deutschnationalen, das Gesetz über Groß-Berlin einzuweisen nicht in Kraft treten zu lassen.

Zu diesem Plan paßt das Verschleppungsmanöver, durch das die für gestern angelegte Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung verhindert wurde. Die Sitzung war einberufen worden zur Reuektion von Magistratsgehaltern, die nötig geworden ist, weil der Oberpräsident die bereits gefassten Beschlüsse zum Teil beanstandet. Die Einladung nannte aber als Sitzungstag „Donnerstag, den 15. September“ (statt 16. September) und sie gelangte nicht mindestens zwei Tage vor dem Sitzungsbeginn in die Hände aller Stadtverordneten, wie die Geschäftsordnung es vorschreibt. Das bot den rechtsstehenden Parteien eine erwünschte Handhabe, die Sitzung zu hintertreiben.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Vortrager Dr. Wehl hat Stadtv. Dr. Caspari (Deutsche Volkspartei) ums Wort und führte aus: Ich widerspreche dem Eintritt in die Tagesordnung, weil die Sitzung nicht ordnungsmäßig einberufen ist. Ich lege keinen Wert auf den Fehler im Datum, wohl aber auf die Nichtachtung der Vorschriften, daß die Einladungen mindestens zwei Tage vorher erfolgt sein müssen. Sie sind erst im Laufe des Dienstags abgegangen, und manche Stadtverordneten haben sie erst am Abend erhalten, so daß hier die vollen zwei Tage bis zur Sitzung nicht gewahrt sind.

Vortrager Dr. Wehl: Wir haben so gehandelt, wie es bisher in der Berliner Stadtverordnetenversammlung oft Brauch war. (Niemand! Niemand!) Sie können nicht „Niemand“ sagen. Ich gebe aber zu, daß nach dem strengen Wortlaut der Geschäftsordnung der Widerspruch berechtigt ist — und ich habe ja die Rechte der Minderheit zu wahren. Unterzügen, wie vorgeschrieben ist, mindestens 15 Mitglieder den Widerspruch? (Gehäuselt.) Dann ist die Sitzung gescheitert. (Rufe bei den U. Soz.: Das sind die Helden!) Die nächste Sitzung wird Dienstag um 5 Uhr stattfinden. (Rufe bei den U. Soz.: Mit dieser Gesellschaft —)

Während der Saal sich langsam leerte, machte die Erregung sich noch in manchen Rufen Luft. Die rechtsstehenden Parteien, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei usw., freuten sich des Streiches — und die Demokraten schmunzelten dazu.

Berlins Entwaffnung.

Berlin entwaffnet sich. Was seit den Märzunruhen ein recht ungewohnter Anblick geworden war, gehört seit zwei Tagen wieder zu dem täglichen Straßenbild Berlins: Zivilisten mit Militärwaffen, die alle dem einen Ziel zustreben, der Waffenabgabestelle. Deutlich sieht man ihnen eine gewisse Scheu an. Aber es gibt pro Gewehr 100 M., das entscheidet. Und geduldig nimmt man den Spießrutenlauf mit in Kauf. Als man merkte, daß man nicht allein war, wurde man schon etwas sicherer. Und als es sich erst herumgesprochen hatte, daß man auf der Abgabestelle keinen Namen, auch nichts über die Herkunft der Waffen anzugeben brauchte, war der Rest des bösen Gewissens verflogen und man wagte bald wieder zu schimpfen darüber, daß man so lange warten mußte, bis man heran kam.

Alle Arten von Waffen wurden herangeschafft. Inländische Modelle, ausländische, ältere, neuere und ganz neue, Maschinengewehre, teilweise oder ganz, Richtteile von Geschützen, auch Flammen- und Minenwerfer. Alle Stände waren vertreten. Sichtlich tat es jedem leid, daß die teilweise völlig neuen Waffen sofort nach Abgabe auf dem Amboss gelegt wurden, um mit einem schweren Schmiebehammer unbrauchbar gemacht zu werden. Ein Schlag auf die Mündung verbiegt den Lauf so, daß kein Schuß mehr durch ihn hindurch kann.

Ein zweiter Schlag auf die Schloßbrücke macht die Einföhrung des Schlosses unmöglich. Das Schloß selber

zu zerstören hat sich nur bei den ausländischen Gewehren als ohne gewisse Gefahr durchführbar erwiesen. Die deutschen Schloßer sind so vorzüglich gehärtet, daß sie schon bei schwachen Schlägen zersplittern, nicht ohne Gefahr für die Umstehenden.

Ein Mann empfängt sein Geld für einen Richtteil eines Geschüßes. „Schade, daß ich nicht alles mitbringen kann, aber die übrigen Teile sind bei anderen.“ „Schade um das schöne Gewehr“, hört man fortwährend. Ein alter Herr mit einem Tier-Modell kommt herein. Man sieht, die Waffe ist mit Verständnis und Liebe gepflegt. Ein Offizier a. D. Ihm stehen die Tränen in den Augen, als er sie abgibt. „Es ist mir ja nicht um das Geld zu tun, aber meine Frau konnte sie nicht mehr an der Wand hängen sehen, und Sie wissen ja, da ging es eben nicht anders.“ Ein und derselbe

Stadtverordnete und Bezirksverordnete!

Sonnabend 6 Uhr im Bürgeraal des Berliner Rathauses, Eingang von der Königsstraße: Konferenz der Stadtverordneten und Bezirksverordneten der neuen Stadtgemeinde Berlin. Da es sich um wichtige Mitteilungen handelt, ist das Erscheinen aller erwünscht.

Es haben nur Stadtverordnete und Bezirksverordnete Zutritt. Als Legitimation gilt die amtliche Bestallung zum Mitgliede der Stadtverordnetenversammlung oder einer Bezirksversammlung, außer dem das Mitgliedsbuch der zuständigen Parteiorganisation.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion.

Man, der sicherer Waffenschieber ist, kommt mehrere Male: der Bote eines Gewehrvereins. Sogar einige japanische Modelle wurden vorgeführt. Ein Pappkarton mit 300 Schuß Munition, wie neu, ab Fabrik verschunden, wird angeklebt. Abgabestelle für Munition ist in Reinickendorf, West, Spandauer Weg 10. Also muß man sie wieder zurücknehmen.

Während der ganzen Abgabestunden herrscht auf allen 25 Stellen lebhafter Betrieb. Genauere Zahlenangaben über das Ergebnis der ersten Tage werden erst im Laufe des Tages bekannt werden.

Die Magistratsbezeugten.

Der fünfundschwanziger-Wahlaußschuß trat am Donnerstag abend zum 13. Male unter dem Vorsitz Dr. Wehls zusammen. Zu Beginn hielten die beiden eingeladenen Kandidaten Dr. Karl Müller vom städtischen Fuhramt und Vergasseffor Horten von der Abwidelungsstelle des Kriegsministeriums kurze Vorträge. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für Vergasseffor Horten, der mit den Stimmen der beiden sozialistischen Parteien als Kandidat aufgestellt werden wird. Horten war früher stellvertretender Direktor bei dem kriegsindustriellen Werl Ughen.

Sodann wurde in die Beratung eingetreten über die Kandidaten über das Berliner Verkehrswesen. Nach längerer eingehender Beratung wurde mit 14 Stimmen beschloffen, den jetzigen stellvertretenden Direktor Prof. Giese vom Verband Groß-Berlin als Kandidaten vorzuschlagen. Der Gegenkandidat Dr. Adler von der Großen Berliner Straßenbahn erhielt 10 Stimmen. Zum Schluß einigte man sich dahin, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, daß

ein Volkbezernat für das Siedlungswesen geschaffen werden soll. Es soll dann mit einem der noch zu wählenden Stadträte (Gehalt 18 200 Mark zuzüglich 50 Prozent Feuerungszulage) besetzt werden. Bei der Wahl der Stadträte will man Rücksicht nehmen auf einen für dieses Amt befähigten Mann.

2 1/2 Millionen für unsere Schuljugend.

Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung von 2 714 950 M. für den Erholungs- und Aufenthalt gesundheitlich gefährdeter Schulkinder in der Zeit vom 7. Juni bis 3. Juli und vom 9. August bis 4. September und für die Ferienspiele in der Zeit vom 5. Juli bis 7. August. Seit einigen Jahren findet auf den großen Ruhenspielflächen Berlins der Erholungs- und Aufenthalt für gesundheitlich gefährdete Schulkinder statt. Er erstreckt sich auf die Zeit von 4 Wochen vor und 4 Wochen

nach den großen Ferien. Während der Ferien finden die Ferienspiele statt. Die Kinder, welche an dem Erholungs- und Aufenthalt teilnehmen sollen, werden vom Schulsrat ausgesucht. Es sind ungefähr 12 000. An den Ferienspielen kann dagegen jedes Kind teilnehmen. Der Andrang zu den Ferienspielen war sehr stark. Es war mit einer täglichen Besucherzahl von 13 000 Kindern gerechnet worden, an einigen Tagen aber belief sich der Besuch auf über 40 000 Kinder. Die Durchschnittszahl der Besucher während der Ferienspiele betrug 28 000 Kinder. Die Gesamtkosten für die Ferienspiele und den Erholungs- und Aufenthalt dieser Kinder betragen 2 714 950 M.

Was der Pastor zustande brachte!

Aus der Berliner DankeKirchengemeinde erfahren wir von einem „Seelhergertischen“ Eifer, der wegen seiner gewiß nicht erwarteten Wirkung weite Kreise bekannt zu werden verdient.

Dort amtiert Pastor Egidi, der auf „strenge Jucht“ hält. Von der kürzlich vollzogenen Konfirmation hat er einen 14jährigen Schüler ausgeschlossen, weil er ihm noch nicht genügend „Jüdenrein“ schien. Gegen Ende vorigen Winters gab der Knabe, der seit Herbst den Konfirmandenunterricht besuchte, dem Pastor ein paar mal Anlaß zu Tadel. Die herzlich gefundene Mutter, eine Kriegervitwe, hatte von einer persönlichen Rücksprache mit dem Pastor den Eindruck, daß eine Verständigung erreicht sei und die Sache nicht angekreidet werden solle. Im Sommer wurde dann der Junge durch Vermittlung der Schule zur Kräftigung seiner Gesundheit nach Ostpreußen geschickt, so daß er dem Konfirmandenunterricht des Pastors Egidi von der ersten Hälfte des Juni bis in die zweite Hälfte des August fernblieben mußte. Als er nach Berlin zurückkehrte und sich wieder zum Unterricht einfinden wollte, gab er auf Befragen dem Pastor an, daß er in Ostpreußen keinen Unterricht gehabt habe. Danach erklärte Pastor Egidi, er werde ihn zu Michaelis nicht konfirmieren. Der Junge hatte nun nicht den Mut, das sofort seiner Mutter zu melden, und diese traf abwartend alle Vorbereitungen zur Konfirmation. Erst am Abend vor dem Konfirmationstag erfuhr sie von dem Pastor in persönlicher Unterredung, daß er den noch nicht „Jüdenreinen“ Sohn nicht konfirmieren werde. Obwohl der gestrenge „Seelenhirt“ gegenüber allen Bitten der schmerzlich über-raschten Mutter taub blieb, hoffte sie, er werde am anderen Tage sich doch noch erweichen lassen. Sie schickte den Jungen in festlicher Kleidung zur Konfirmationsfeier, begab sich auch selber zur Kirche und wartete bei den anderen Eltern sitzend gläubigen Herzens. In der Sakristei aber wies Pastor Egidi vor den versammelten Konfirmanden den noch nicht „reinen“ Sünder mit scharfen Worten zurück — und er ließ ihn durch den Kirchendiener auf die Straße hinausbringen.

Als einen „Hinauswurf aus der Kirche“ empfand die Mutter diese Abweisung. Und das war ihr geschehen — ihr, die immer zur Kirche gehalten hatte! Die Bemühungen eines Verwandten, sie aus den Fesseln der Kirche zu befreien, hatten bisher keinen Erfolg gehabt. Jetzt aber kam ihm Hilfe vom — Pastor. Der freilich wird ganz gewiß nicht „erbaut“ sein, wenn er hört, was er ungewogen gebracht hat. Die Mutter vergaßte jetzt selber auf die Konfirmation ihres Sohnes und meldete ihn schleunigst noch zur Jugendweihe an, die in der zweiten Hälfte des September stattfindet. Auch erklärte sie für ihren noch schulpflichtigen jüngeren Sohn, daß sie ihn am Religionsunterricht der Schule nicht mehr teilnehmen läßt. Das hatte mit seinem Eifer der Pastor Egidi erreicht.

Vielleicht wird nun ein Sendbote der Kirche die abtrünnige Mutter besuchen, der sie und ihre Kinder als „verirrte Schäflein“ zurückholen soll. Sie wird dann wissen, was sie zu tun hat. Wie in der Kirche der Pastor entscheidet, so hat in ihrer Wohnung sie das Hausrecht. Und von keinem „Diener Gottes“ braucht sie sich in ihre Angelegenheiten hineinreden zu lassen.

Gegen die Verkürzung der Polizeistunde.

Damit zur Durchführung des Abkommens von Spa Kohlen erspart werden, plant die Regierung bekanntlich eine Verkürzung der Polizeistunde im Gastwirts- und im Metzgergewerbe. Gegen diese Absicht protestierte am Donnerstag nachmittag eine vom Kartell der Arbeitnehmerorganisationen im Gastwirts- und Metzgergewerbe abgehaltene Massenversammlung im Zirkus Busch. Der Referent Schröder, Vorsitzender des Gastwirts- und Metzgerverbandes, sagte, wenn infolge der Verkürzung der Polizeistunde dem Hausbedarf auch nur ein ganz geringes Quantum von Kohlen mehr zugeführt werden könnte, würden die Gastwirts- und Metzger die ersten sein, die dieser Maßnahme zustimmen. Aber

Das Licht der Heimat.

Von August Hlrichs.

Als die Tiere auf den Wagen geladen sind, stehen sie alle drei draußen und sehen nach dem großen Feld hinüber, auf dem fremde Arbeiter und Frauen mit bunten Kopftüchern noch mit der Kartoffelernte beschäftigt sind. Der Wobbauer steht da und ruht einen Knecht herunter, der seinen Wagen festgefahren hat und nun auf die Pferde losläßt. Mächtig donnert er den Kerl zusammen, dann packt er selbst in die Räder und hilft den Wagen aus dem weichen Ader.

„Sollte man glauben“, sagt der Händler, „daß der mit seinem neumodischen Kram zurechtkommt? Was der da allein an Kartoffeln heranholt — Donnerwetter nochmal, das schaffest.“

Er bekommt keine Antwort und sieht von einem zum andern. Dann klopft er Meta vertraulich auf die Schulter und meint: „Nachmachen, junge Frau, nachmachen! Der Kerl drüben, der kann was!“

„Mag schon sein“, sagt Meta kurz. Harm ober steht mit hängendem Kopf, zerarbeitet und müde, und sieht durch die Latten des Wagens regungslos auf seine Tiere, die jetzt für eine Handvoll Geld einem andern gehören — nicht mehr sein eigen sind. Ihm fällt ein, daß der Stall leer ist — gleich morgen will er ihn reinmachen.

Der Händler sieht den Mann an und dann die Frau. Da lächelt er verächtlich, und indem er auf den Wagen steigt, beugt er sich dicht zu Metas Ohr: „Schade, daß Ihrer nicht ein bißchen von dem da drüben obhat — aber nichts für ungut.“ Er schnalzt mit der Zunge und die Pferde ziehen an.

Meta versteht es plöblich, was er meint. „Nein“, will sie schreien, aber der Wagen fährt schon aus dem Hof. Nein, von dem soll er nichts an sich haben, tausendmal ist Harm ihr lieber als der. Sie sieht ihren Mann an, seine Schultern hängen nach vorn, sein Gang ist schleppend — die ewige Arbeit hat ihn zermürbt. Sie sucht in seinem Gesicht: seine Stirn ist voll Furchen, waren seine Rüge immer so schlaff? Und seine Augen — seine Augen sind gut und treu, ja gut und treu. Und dabei fällt ihr der Hund vor dem Wagen der alten Kätchen ein, die wöchentlich einmal mit ihren Stuten bis hier heraufgehumpelt kommt. Der hat auch so gute treue Augen, die nie ausblitzen, nie, nur immer gut und treu waren, auch

wenn er den ganzen Tag vor seinem schweren Bogen leuchte und sich abquälte, und gepriegelt und getreten wurde.

Gut und treu — ach gut und treu! Aufblitzen sollten sie, einmal aufflammen, brennen und glühen! Anstürmen sollte er gegen das Schicksal, rasen, wüten, es mit beiden Fäusten packen, irgendwie!

Aber das — das konnte er nicht, Harm nicht! Nur immer arbeiten, sich treten lassen vom Schicksal und arbeiten. Arbeiten mit krummen Knien und krummem Rücken, gut und treu — ach — gut und treu. Bitter stieg es ihr auf. Da frampften sich ihre Finger, sie drehte sich um und ging ins Haus und sah drinnen am Tisch, warf den Kopf auf die Arme und schluchzte.

Harm stand neben ihr. Weinte sie, weil jetzt im Winter keine Wurst auf der Diele im Rauch hängen würde? Weil sie das Essen ohne Fleisch würde kochen müssen?

„Meta — vielleicht können wir ein paar Ferkel wiederkaufen, später.“ Sie antwortete nicht, da sah er sie traurig an und ging still an die Arbeit. Man mußte es eben tragen.

Sie ließ ihn gehen. O deswegen, wenn sie nur ihr trocken Brot hatten, deswegen weiß Gott keine Träne, deswegen nicht. Aber — es raste in ihr, sie mußte sich anschluchzen. Da fühlte sie auf ihrer Hand eine andere, eine kleine warme, feste Kinderhand. Die zog und zerrte nicht, die drückte nur, warm und sicher. Und es schmolz etwas und löste sich in ihrer Brust. Sie weinte weich und leise weiter. „Mutter.“ O, sie verstand den heißen Händedruck und hob das Gesicht und lächelte tapfer.

„Dierk“, sagte sie und tastete nach seinem Kopf und zog ihn fest an ihre Brust. „Wir dürfen uns nicht unterkriegen lassen — du mußt immer ein tapferer und aufrechter Kerl sein, hörst du?“ „Mutter“, sagte er, „das bin ich auch.“

„Und wenn dich jemand quälen will und möchte dir den Kopf beugen, dann sollst du dich wehren. Die Fäuste ballen und die Zähne zeigen, verstehst du das?“

„Ach weiß ich, Mutter.“

„Wir sind ganz arme Leute, Dierk. Tut es dir auch leid, daß du jetzt im Winter keinen Blutball mehr essen kannst und keine Gadarübe?“

„Gar nicht, ich mag sie nicht einmal mehr.“

„Darum sollst du dir doch von niemand etwas gefallen lassen, von niemand, niemand, einerlei, wer das ist! Ich dulde es nicht.“

(Fortf. folgt.)

nach dem Urteil von Fachleuten bringt die Verklärung der Polizeistunde gar keine Kohlenersparnis. Sie wird aber die Folge haben, daß viele Arbeitgeber die Betriebe schließen, wodurch die ohnehin schon erschreckend große Zahl der Arbeitslosen im Gastwirtsberuf um Tausende vergrößert wird. Eine nennenswerte Ersparnis von Kohlen kann erzielt werden, wenn die Gastwirte angehalten werden, den Lichtverbrauch auf das Äußerste einzuschränken. Die Verklärung der Polizeistunde würde die Folge haben, daß sich die Zahl der heimlichen Nachtlokale, die eine grenzenlose Lichtverschwendung betreiben, noch weiter vermehrt.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:
Die Verammlung von Arbeitnehmern im Gastwirtsberuf erhebt schärfsten Protest gegen die beabsichtigte Verklärung der Polizeistunde. Die Verammlung ist sich darüber klar, daß durch diese Verklärung eine Kohlenersparnis nicht erzielt wird und verweist hierbei auf die Werturteile des Reichskohlenkommissars und bedeutender, technischer Fachleute der Licht- und Kohlenversorgung. Die Herabsetzung der Polizeistunde ist nach diesen Urteilen vollkommen unberechtigt. Ihre Durchführung würde lediglich die große Zahl der bereits vorhandenen Arbeitslosen ganz gewaltig vermehren und durch ihre Auswirkung geradezu katastrophale Folgen auslösen.

In der Erkenntnis, daß eine wirtschaftliche Schädigung der Bevölkerung durch Verbeibehaltung der bisherigen Polizeistunde nicht gegeben ist, fordern die Verammelten die Regierung auf, ganz energisch allen Forderungen auf Verklärung der Polizeistunde entgegenzutreten.

Jauch-Belzig und sein Landrat.

Um einige im Kreise Jauch-Belzig vorgefallene Vorgänge zu klären und eine Wiederholung unmöglich zu machen, hatte die sozialdemokratische Fraktion von Jauch-Belzig sich an ihren Landrat gewandt mit dem Antrage, einen außerordentlichen Kreistag abzuhalten. Veranlassung boten Unregelmäßigkeiten in der dortigen Kreisheileidungsstelle, die auf einige tausend Mark Verlust hinauslaufen — über Schließungen des Gemeindevorstandes und eines Kaufmanns mit Margarine und Schmalz, die als Auslandsware zu höheren Preisen veräußert wurden, ohne daß der Landrat Freund, ein Sohn des Staatssekretärs Freund, dagegen einschritt. Neheliche Zustände herrschten in der Kreislorenzstelle. Trotzdem dem Landrat auch bekannt ist, daß ein Gemeindevorsteher und Kreistagsmitglied St. in Schläsch bei Treuenbriehen jahrelang größere Mengen Brot- und sonstige Lebensmittelarten angefordert und dem Väter des Ortes wahl- und ziellos Wechseltöne ausgehört hat, ist auch dagegen nicht eingeschritten worden, anscheinend weil auch dieser Herr dem Landrat angehört.

Nach der Neuwahl des Kreistages im vergangenen Jahre wurden unter anderen Kommissionen auch zwei Kreisdeputierte gewählt, die laut der Kreisordnung bei Urlaub oder sonstiger längerer Abwesenheit des Landrats denieiben vertreten sollten. Anscheinend, weil er befürchtete, daß ihm einmal in die Karten gesehen wird, ließ der Landrat sich bei seinem diesjährigen Urlaub einfach durch den Regierungsausschuss vertreten.

Die Einladungen zum Kreistag waren bereits fertig, als unser Fraktionsvorsitzender ein Schreiben des Landrats bekam, in dem die geforderte Einberufung des Kreistages mit der beantragten Tagesordnung nach den gesetzlichen Bestimmungen als unzulässig abgelehnt wird.

Wie überall in deutschen Landen, hat auch im Kreise Jauch-Belzig der Landrat „alias Orgeß“ seinen Einzug gehalten. Trotzdem dem Landrat reich genug von diesen Vorkommnissen Kenntnis gegeben und ihm ganz genaue Angaben über Lager- und Waffenbestände gemacht wurden, hat der Landrat beide Augen zugedrückt, Protestversammlungen in verschiedenen Städten und Ortschaften des Kreises halfen nichts, der Landrat schritt nicht ein, da ja die Organisationen unter dem Protektorat seines Vaters, des früheren Landrats des Kreises, des berühmten Herrn v. R., standen.

Der Berliner Stadtrat Genosse Sassenbach schiedet aus dem Magistratskollegium aus. Beim Aufgehen Berlins in Groß-Berlin erließ sein Mandat eines unbedingten Stadtrats. In dem Magistratskollegium für Groß-Berlin übernimmt er nicht wieder einen Posten, weil seine Arbeitskraft durch andere Aufgaben beansprucht wird. Genosse Sassenbach war der erste sozialdemokratische Stadtrat, den Berlin erhielt. Erst in der Reichszeit, im Jahre 115, wurde er gewählt, obwohl in der Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Fraktion längst fast ein Drittel aller Sitze innehatte. Und bei diesem einen Vertreter der Sozialdemokratie im Magistrat blieb es dann bis zu den Gemeindevorwahlen von 1919, die den beiden sozialistischen Fraktionen zusammen eine Zweidrittelmehrheit brachten. Sassenbach, der als Stadtverordneter seit 1908 sich besonders den Arbeiterfragen gewidmet hatte, hat auch im Magistrat während der 15 Jahre seiner Amtsdauer eine fruchtbringende Tätigkeit entfaltet. Sein Hauptarbeitsgebiet war hier die Erwerbslosenfürsorge und zuletzt die Jugendpflege.

Der Verkehr mit Saatgut der beschlagnahmten Getreidearten (Roggen, Weizen, Spelz, Dinkel, Fein-Emer, Einhorn sowie Gerste und Ocker) aus der Ernte 1920 ist durch eine Ministerialverordnung nebst Anordnungen der Reichsgetreidestelle vom 10. Juli 1920 geregelt. Wer in Eigenhandel oder als Kommissionär oder Vermittler gegen Entgelt sich am Umsatz von Saatgetreide beteiligen will, bedarf der Zulassung. Der Zulassungsantrag ist in zwei Exemplaren bei dem Magistrat, Abteilung für Brotversorgung, einzureichen. Vorbude hierzu sind bei Carl Seymann, Mauerstr. 43/44, erhältlich. Landwirte, die nicht in die Verzeichnisse der Händler von Originalsaaten und anerkannten Abzägen aufgenommen sind, dürfen nur mit besonderer schriftlicher Erlaubnis selbstgebautes Getreide zu Saatwecken veräußern. Das gleiche gilt für Landwirte, die in die erwähnten Verzeichnisse aufgenommen sind, sofern sie Saatgut veräußern wollen, das von Mähdern geerntet ist, die in diesen Verzeichnissen nicht aufgeführt sind. Der Bezug von Saatgetreide ist nur gegen Saatkarte zulässig, deren Erstellung von Händlern bei dem Vorstehenden der Staatlichen Verteilungsstelle von Landwirten (Verbrauchern) bei der Kreispolizeibehörde unter Vermittlung eines hierzu angeordneten Bodrunds zu beantragen ist. Zu Saatwecken darf Wintergetreide nur in der Zeit bis 1. Dezember 1920, Sommergetreide nur in der Zeit bis 1. Juni 1921 geliefert werden. Händler und Landwirte sind verpflichtet, über alle Saatgutgeschäfte nach dem vorgezeichneten Muster Buch zu führen und allwöchentlich Buchauszüge mit den zugehörigen Saatkartabzügen einzureichen. Der Verkehr mit Saatgutgetreide unterliegt der Aufsicht der Reichsgetreidestelle und des Magistrats.

Verfaßtes und „Rheingau“.

Nach einer durch W. L. W. verbreiteten amtlichen Erklärung entspricht die Meldung von einer bevorstehenden Schließung des Amtes „Rheingau“ nicht den Tatsachen. Es ist richtig, daß sich in dem Amte belgische Klappenschränke befinden, zu einer Beunruhigung liegt aber um so weniger Veranlassung vor, als seitens der Reichstelegraphenverwaltung für alle sich bietenden Möglichkeiten die Wege bereits festgelegt sind, wie die Frage technisch ohne Benachteiligung der Teilnehmer zu lösen sein wird, falls sich eine Auslieferung der Apparate an die belgische Regierung nicht vermeiden lassen sollte.

Einmalige Beihilfe für Erwerbslose. Der Hauptauschuss der Erwerbslosenfürsorge hat in seiner Mittwochsitzung beschlossen, folgende einmalige Beihilfe sofort anzuzahlen: An Ledige unter 21 Jahren bei 8-Wöchiger Arbeitslosigkeit 100 M., darüber 120 M.; über 21 Jahre bei 8-Wöchiger Arbeitslosigkeit 120 M., darüber 150 M. Stammmutterführungsempfänger, die Angehörige zu ernähren haben, erhalten bei 8-Wöchiger Er-

werbslosigkeit 300 M., darüber 400 M.; dazu 20 M. Zuschlag für jedes zuschlagberechtigte Familienmitglied, gleichviel, wenn auch ein Teilbetrag an Zuschlägen gezahlt wird. (Pflegegebe.) Der Stichtag ist der 1. September. Die Beihilfe gilt als arbeitslos.

Alle diejenigen, die Teilunterstützung beziehen, Ausflüssen von längerer Dauer geliebt haben, deren Frauen Einkommen haben, Rentner, in deren Familie mehrere Mitglieder verdienen, die im Laufe des Monats August in Arbeit getreten sind, werden erst bedacht, wenn die Kommission den Hauptauschuss genaue Unterlagen gegeben hat, wieviel und wer von den Angehörigen noch unterstützt werden kann. Diejenigen, die ihre Unterstützung beim Arbeitgeber erhalten haben, dann aber nicht wieder eingestellt wurden, gelten als bezugsberechtigt für die einmalige Beihilfe.

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt: Beim Reichsarbeitsministerium laufen in letzter Zeit zahlreiche Anträge auf Bewilligung bzw. Auszahlung der einmaligen Beihilfen für Erwerbslose ein. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß für die Durchführung dieser Beihilfen nicht das Reichsarbeitsministerium, sondern die Gemeinden zuständig sind. Die Einbringung dieser Anträge an das Reichsarbeitsministerium ist aus diesem Grunde ungewinnlich und verzögert ihre Erledigung erheblich.

Festsetzung an Arbeitslose. Nach dem Beschluß des Berliner Magistrats soll an sämtliche Erwerbslose, die Unterstützung beziehen, seit zum halben Tagespreis abgegeben werden, und zwar für Familien 1 Pfund und für Ledige ein halbes Pfund. Die Verteilung geschieht in zwei Raten, so daß in der Woche vom 20. bis 26. September an Familien ein halbes Pfund (4,30 M.), an Alleinlebende 1/2 Pfund (2,15 M.) abgegeben wird. Die Beihilfe ist auf allen Geschäftsstellen sowie bei den Gewerkschaften zu entnehmen. Den Verkauf hat die Konsumgenossenschaft Groß-Berlin übernommen, und kann jeder Arbeitslose in einer seiner Wohnung am nächsten gelegenen Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft das Fett entnehmen.

Zur Fettlage an die Amerikaner gehen uns Briefe zu, denen zu entnehmen ist, daß das Auslandsfett mitunter auch einwandfrei schmeckt, daß aber die deutsche Nationalmargarine um so schlimmer sei. Dem können wir nur zustimmen und fügen noch hinzu, daß unser Brot wieder reichlich mit höchst ungeeigneten Ersatzstoffen versetzt ist.

Der Rückfahrfahrplan der in Dänemark lebenden Kinder ist vom 21. September auf den 22. September verschoben worden. Die Anfahrtsstunde ist dieselbe auf dem Stettiner Bahnhof.

Zentralverband der Angestellten. Mitgliederzusammenkünfte finden heute abend statt für: Fachgruppe 4a (Berufungsbeamten) 6 Uhr, Zweite der Reihe, Dresdener Straße 99. — Fachgruppe 7c (Spielwaren, Papier, Konior, Utensilien, Buchbindungen und Nähmaschinen) 7 1/2 Uhr, Verbandslokal, Kotel Saal, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Fachgruppe 7e (Wäschehaltungen, Herrenartikel, Weiß-, Kurz- und Wollewaren) 7 1/2 Uhr, Verbandslokal, Kotel Saal, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Fachgruppe 15b (Verbandslokal) 7 1/2 Uhr, Neue Harmonie, Barterstraße, Köpenicker Straße 90/97. — Fachgruppe 15a (Buchhandel und Verlagsanstalten) 7 1/2 Uhr, Verbandslokal, Kotel Saal, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Oranienburg. Die Stadtverordnetenversammlung nahm am 15. September die Wahl von 5 Kreistagsabgeordneten vor. Gewählt wurden: Westphal (S.P.D.), Schoof (U.S.P.), Guder und Reber (Dem.), Jonas (Rechts).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Allgemeine Funktionärskonferenz.

Den Partei- und Betriebsfunktionären teilen wir mit, daß die vom Bezirksrat beschlossene Konferenz sämtlicher Funktionäre der S. P. D., die sich mit den Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Genf beschäftigen wird, am Dienstag, den 21. September, abends 8 Uhr, im Paskenhof Musikant (Bodbräner), Nidienstraße 2/3, stattfinden wird. Berichterstatter ist Genosse Eduard Bernstein.

Der Bezirksvorstand.

Heute, 17. September:

Jungsozialistische Vereinigung. Inhaber von Karten zu unserer Kundgebung werden ersucht, um 1/2 Uhr an der Kasse sich einzufinden. Die Mitglieder der Vereinigung treffen sich um 1/2 Uhr im großen Saal des Lehrervereinshauses.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Bezirksgruppen W, Steglitz, Friedenau, Köpenicker, Schöneberg, heute 8 Uhr: Gemischter Kameradenabend im Café Austria, Berlin, Köpenicker Str. 28. Gäste willkommen. — Schieferverein Mühlengasse Charlottenburg, Sonntag 6.30 abends Monatsversammlung, Kotel-Friedrich-Str. 63 bei Grimm. — Der Verein der Kleinrentner in Lichterfelde veranstaltet vom 18.—20. September eine Ausstellung von Gartenzeugnissen in den Lichterfelder Feldern, Pöhlendorfer Str. 5. Am Sonntag 11 Uhr hält Herr Dr. Ludwig von der biologischen Reichsanstalt einen Vortrag über Schlingenselbstimpfung. — 45 Proz. Brennstoffersparnis durch Kochsalz. Ueber diese Frage spricht Hellwig Döns am Montag um 4 und 7 Uhr im großen Saal des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz.

Wirtschaft

Zweck und Form der Zwangsanleihe.

Die „Dona“ verbreitet folgende Ausführungen: Meldungen über eine bevorstehende Zwangsanleihe des Reiches beunruhigen seit einiger Zeit das Wirtschaftsleben.

Da das Mittel einer sofortigen und radikalen Vermögensenteignung zur wirksameren Durchführung des mit dem Reichsnotopfer beabsichtigten Zweckes infolge seiner völlig erschütternden Rückwirkung auf unser Wirtschaftsleben wohl nicht diskutabel erschien, so lag der Weg einer Zwangsanleihe nahe, um schon jetzt die Notopferbeiträge zu erfassen, die die Abgabepflichtigen nicht in bar oder Kriegsanleihe leisten können. Eine, allein diesem Zweck dienende Anleihe würde somit nur eine Vorwegnahme des Notopfers bedeuten und die Verteilung von Vermögenswerten zum Zweck der Anrechnung der Darlehen auf die Notopferbeiträge durch eine Vermittlungsstelle des Reiches bedingen. Eine solche Anleihe würde dem Reich lediglich einen Zeitgewinn bei Durchführung des Notopfers bringen, ihm aber keine neuen Erträge erschließen. Der Anstalt maßgebender Persönlichkeiten, die nur diese Form einer Zwangsanleihe bei der augenblicklichen Lage unserer Privatwirtschaft für erträglich halten und eine weitere neue Belastung durch Auflage einer Zwangsanleihe außer dem Notopfer wegen ihrer katastrophalen Wirkungen ablehnen, steht aber die Auffassung gegenüber, daß die Finanzlage des Reiches auch bei restloser Erfüllung des Notopfers keine ausreichende Stärkung erfahren würde und daß weitere Eingriffe in das Privatkapital unvermeidlich wären. Die in die Presse gelangten Meldungen, wonach im Entwurf eine Verzinsung von 8 Proz. bei kleineren Kapitalen und eine Zinslosigkeit bei größeren vorgesehen sein soll, deuten darauf hin, daß die radikale Richtung zurzeit an Boden gewonnen hat.

Die Erfassung der Kapitalien durch eine solche Anleihe und ihre weitere produktionshemmende Wirkung stellen die Regierung vor außerordentliche Schwierigkeiten. Es ist einleuchtend, daß die technische Durchführung erst mit dem Vorliegen brauchbarer Unterlagen für die Einschätzung gegeben ist. Als solche können aber höchstens die Einschätzungen zum Reichsnotopfer angesehen werden, die zum Teil noch gar nicht vorliegen

oder nicht bearbeitet werden konnten und in allen Fällen durch die Verhältnisse bereits überholt sind. Es erübrigt sich, auf die anlässlich des Notopfergesetzes häufig erörterten und die Wirkung der ganze Aktion in Frage stellenden technischen Schwierigkeiten erneut einzugehen.

Ferner ist zu bedenken, daß sich die Zwangsanleihe nur beim reinen Kapitalvermögen durchführen lassen wird, da man die im Gewerbe und der Landwirtschaft arbeitenden Kapitalien unmöglich in erheblichem Umfang den Vertrieben entziehen kann. Zur richtigen Erkenntnis dieser Verhältnisse hatte man beim Reichsnotopfer die Möglichkeit einer Rentenzahlung gegeben, die jedoch eine rasche Ausbarmung des Steuerkapitals verhindert.

Das irgendetwas, selbst tief einschneidende Finanzmaßnahmen ohne gleichzeitige Umstellung der Wirtschaft nicht zu einem Erfolg führen kann, darüber dürfte kaum Zweifel bestehen. In dieser Erkenntnis will das Bürgertum trotz der sich täglich miserabler gestaltenden Finanzlage nicht kommen. Nur wenn es gelingt, die Wirtschaft zu Produktionsgemeinschaften zusammenzufassen und die Warenverteilung zu organisieren, können Verbände geschaffen werden, die das notwendige Steuerertrögen zu beschaffen vermögen. An Stelle der privaten muß die gemeinwirtschaftliche Kapitalbildung zu Produktionszwecken erfolgen. Es entsteht die Frage, kann man überhaupt mit der Zwangsanleihe die Milliarden gehamsterter und verfesteter Geldbehalten, die in Goldwaren, Edelsteinen, Kunstwerken, Möbeln angelegten Kapitalien erfassen? Die Steuererschätzungen sind heute geheim, nur der Steuerbeamte kennt die Steuerleistungen. Esch nicht hier völliger Wandel eintritt, an die Stelle des Steuergeheimnisses die Offenheit tritt, so daß die Bürger selbst nachprüfen können, ob die Nachbarn auch richtige Angaben machen, wird es unmöglich, den Steuerinterzessionen beizukommen.

Daß die Notenpressen stillgestellt werden, ist unbedingtes Erfordernis. Es dürfte notwendig sein, entsprechend den Steuerabzügen bei den Arbeitnehmern, bei sämtlichen Unternehmern und wirtschaftlich Selbständigen ebenfalls monatlich Steuervorschüsse einzuziehen, um dem Reich den monatlichen Geldbedarf zu sichern.

Was aber auch geschehen mag, ohne Umstellung unseres bisherigen Wirtschaftssystems ist an eine Rettung aus dem Sumpf nicht zu denken. Die Führung der Staatsgeschäfte liegt ja in den Händen des Bürgertums. Wann wird es wohl zur Erkenntnis kommen?

Sport.

Das Fußballspiel.

Angestrengte Arbeit des Körpers und Geistes, und doch Freude und Begeisterung auf allen Nerven; diese Eigenschaften sind nur in einem Spiel vereinigt, dem Fußballspiel. Ist es da ein Wunder, daß besonders die Jugend ihre überflüssigen Kräfte diesem Spiel opfert? Selbst unter den Nichtspielern hat der Fußballwettkampf ungezählte begeisterte Anhänger, die auch bei starkem Frost 1 1/2 Stunden auf einem Feld stehen und doch nicht antrieben, weil sie durch Spannung und Aufregung warm gehalten werden.

Zum allgemeinen Verständnis sei das Spiel kurz erläutert. Zum Fußballspiel gehören zwei Parteien von je 11 Mann. Das Spielfeld soll 105:70 Meter groß sein. An den beiden Schmalseiten befindet sich je 1 Tor. Eine Partei hat die Aufgabe, den Ball nach bestimmten Regeln durch das gegnerische Tor zu stoßen und zu verhindern, daß er durch das eigene geschlagen wird. Die Partei, welche die meisten Wälle durch das gegnerische Tor schlägt, hat den Sieg davongetragen. Geprüft wird in zwei Halbzeiten von je 45 Minuten. Nach der ersten Halbzeit werden die Plätze gewechselt, um durch eventuelle Unebenheiten des Platzes, ungünstigen Wind usw. nicht einer Partei zu nachteiligen. Jede Mannschaft setzt sich zusammen aus einem Torwart, zwei Verteidigern, drei Läufern und fünf Stürmern. Torwart und Verteidiger haben das eigene Tor zu schützen. Der Torwart hat als einziger Spieler das Recht, den Ball auch mit den Händen oder Armen zu berühren oder zu schlagen. Die Stürmer greifen das gegnerische Tor an und erhalten für ihre Tätigkeit bestimmte Plätze zugewiesen. Die Läufer haben als Zwischenspieler die Stürmer zu decken bzw. die Verteidigung zu unterstützen. Alle vorgenannten Spieler haben ihr Augenmerk auf ein gutes Zusammenenspiel zu richten, ohne das keine Erfolge errungen werden können. Außerdem gehört zur Leitung jedes Spiels ein Schiedsrichter, der die schwierige Aufgabe hat, auf genaue Befolgung der Spielregeln zu achten; seine Entscheidungen sind für die Spieler bindend.

Als ausgesprochenes Kampfspiel haben sich beim Fußball auch viele Unzulänglichkeiten eingestellt. Ungezügelter Eifer und Rohheit, die mit aller Gewalt ein Tor erzielen wollen, selbst wenn dabei die Knochen des Gegners Schaden erleiden. Besonders die vielen „wilden“ Vereine, die keinem Verbande angehören, haben oftmals Spieler unter sich, die ganz rücksichtslos spielen. Der Fußballsport hat daher auch viele Gegner, die denselben wegen der dabei oftmals vorkommenden „Reihen“ belächeln.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat bereits vor dem Krieg den Fußballsport mit in sein Programm aufgenommen und gibt ein wöchentlich erscheinendes Sportblatt „Freie Sportwoche“ heraus, das in der Hauptphase der Förderung des Fußballsports dient. Die Spielstätten werden hier scharf bekämpft und sind auf ein Mindestmaß zurückgegangen. Auch die „Freie Turnerschaft Berlin“ hat mehrere Fußballmannschaften zusammengestellt, zunächst im Norden in der Demminer Straße 27 und im Süden in der Voedstr. 17/20, wo sich Fußballfreunde melden können.

Zur Pflege des so gefundenen Fußballsports gehören aber vor allem große Spielplätze mit kurzen Rasen. In Kommune, Staat und Reich möchten wir daher auch an dieser Stelle das dringende Ersuchen richten, durch Freigabe aller verfügbaren Plätze zur Hebung der Volksgesundheit beizutragen. Gest der Jugend Spiel- und Sportplätze, damit sie sich körperlich und geistig erholen kann von der gesundheitsschädlichen Fabrikarbeit.

Arbeiter-Radsfahrbund „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin, I. Abt. 19. September, mittags 1 Uhr: Montanleihe bei Rosen. Für Radsfahrer: Start 1 Uhr bei Kiemer. — Arbeiter-Radsfahrverein „Groß-Berlin“. Sonntag früh 6 Uhr: Streikzüge durch den Blumenhof. Nachmittags 1 Uhr: Schöneberg (Wann). Start: Mariannenplatz.

Aus aller Welt.

Wo gesungen wird, da laß dich ruhig nieder. In dem besetzten deutschen Bad Kreuznach hatten vier deutsche Staatsbürger in einer Wunde während des Jahresmarktes „O Deutschland hoch in Ehren“ gesungen. Der Prokurist Thoma wurde zu zwei Monaten Gefängnis, der Besitzer der Wunde, Lische, zu fünfzehn Tagen Gefängnis, weil er das Singen nicht energisch genug unterbunden hatte, der Musiker Passner, der das Lied dirigiert hatte, zu dreißig Tagen Gefängnis verurteilt. Ein mitangeklagtes Fräulein Trombach wurde freigesprochen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der neue Ulster, die moderne Schöpfung der Kleiderwerke Baer Sohn, Courcelstr. 29/30, gelangt neben den modernen Winterpaletots und Untermantel-Anzügen fertig und noch Maß zu sehr mäßigen Preisen zum Verkauf.

